

*In der Ausgabe vom 9.1.2016 untersucht das Magazin SEMANA, mit welchen Kompromissen sich die kolumbianische Bevölkerung wird abfinden müssen auf dem Weg zum Frieden:*

### **Die Kröten, die im Nachkonflikt zu schlucken sind**

Die Mehrzahl der in den Verhandlungen in Havanna vereinbarten Vergünstigungen für Akteure im Konflikt sind Kinkerlitzchen im Vergleich zu den Kaulquappen, die gerade erst ausschlüpfen.

Seit Präsident Santos ankündigte, um zum Frieden zu gelangen müssten die Kolumbianer einige Kröten schlucken, geistert dieser Ausdruck als Phantasma um den Verhandlungstisch in Havanna. Für die Kritiker des Friedensprozesses ist alles, was bisher vereinbart wurde, eine einzige Kröte. In ihrer Liste stehen: die Tatsache, dass es für die Guerrilleros keine Gefängnisstrafen gebe, sie nicht an die USA ausgeliefert werden dürften, eine Amnestie für Drogenhändler, die angeblich nicht vereinbarte Übergabe der Waffen an die Regierung und alle Regelungen im Zusammenhang mit der Übergangsjustiz.

In Wahrheit war diese vermutete Kette von Zugeständnissen, auch wenn sie viele Kolumbianer befremdet haben mag, vom ersten Verhandlungstag an unvermeidlich. Ziel der Verhandlungen war niemals eine Unterwerfung unter die Justiz nach einer militärischen Niederlage, sondern eine politische Übereinkunft mit dem Ziel, den Krieg zu beenden.

Unter diesen Umständen kann ein System der Justiz nicht darauf beschränkt sein, Haftstrafen auszusprechen. Der Gedanke, die Führer der FARC würden jahrelang am Verhandlungstisch sitzen, nur um zu diskutieren, für wie viele Jahre sie hinter Gitter gehen würden oder als Drogenhändler ausgeliefert zu werden, ist absurd. Absurd, weil es ja darauf hinausläufe, dass das Gros ihrer Kämpfer amnestiert würde, während die einzigen zu Verurteilenden ausgerechnet die Mitglieder der Verhandlungsdelegation wären. Unter dieser Prämisse wäre ein Abkommen unmöglich gewesen und die Chefs der Guerrilla hätten es vorgezogen, kämpfend im Urwald zu sterben. Diese Option hätte zwar nicht auf alle wie ein Schock gewirkt, hätte jedoch die Verlängerung des Blutbades über viele Jahre bedeutet.

Seit Beginn der Gespräche war klar, dass es einer Art alternativer Justiz bedürfen würde, angepasst an die Realität, dass die Guerrillachefs nicht in Verhandlungen gehen würden, an deren Ende sie eingesperrt oder ausgeliefert würden. Und deshalb bedurfte es einer Reihe von Justierungen, die heute als Kröten angesehen werden. Als Erstes war es nötig, den Drogenhandel als Delikt zu betrachten, das verbunden war mit dem politischen Delikt der Rebellion. Mit anderen Worten: Die Verbindungen der FARC mit dem Drogengeschäft mussten als Mechanismus betrachtet werden, der notwendig war, um ihren Krieg zu finanzieren und nicht zur persönlichen Bereicherung diente. Sogar die USA, die die Auslieferung dieser Leute beantragt hatten, haben ihre Haltung geändert und dieser Formel zugestimmt, um den Krieg zu beenden.

Andere sog. „Kröten“ beruhen auf Missverständnissen. Der Ausdruck „Niederlegen der Waffen“ wurde interpretiert als Verzicht auf die Übergabe der Waffen. In Realität heißt das aber nur, dass dabei auf eine Zeremonie verzichtet wird wie sie bei der Demobilisierung der M19 oder der Paramilitärs stattfand. Aber es heißt nicht, dass die Waffen in den Händen der FARC verbleiben, sondern dass bis zur Findung einer Formel durch die internationale Gemeinschaft die Waffen vor ihrer Zerstörung an einem bewachten Ort gelagert werden, zu dem die FARC keinen Zugang hat.

Was die Übergangsjustiz angeht, so wurde diese vorgestellt als Ersatz für das bestehende Justizsystem. Das trifft zu, aber die Vorteile überwiegen aus zwei Gründen. Der erste ist, dass die normale Justiz in Kolumbien große Defizite aufweist und nicht nur die Guerrilla hält nicht viel von

ihm. Zum zweiten ist es so, dass Friedensprozesse ganz außerordentliche Situationen darstellen, für die außerordentliche Lösungen gefragt sind. Dazu eignet sich die normale Justiz nicht, denn eine Partei hat die Waffen erhoben gegen genau das System, das diese Justiz repräsentiert.

Es ist gewiss, dass das spezielle Tribunal, auf das man sich in Havanna geeinigt hat, viel seriöser vorgehen wird als wenn der normalen Justiz die Rechtsprechung in der Übergangszeit obläge.

Daraus folgt, dass die rechtlichen Vergünstigungen, die als „Kröten“ bezeichnet werden, nicht mehr sind als unumgängliche Kleinigkeiten im Friedensprozess. Die wahren Kröten, die noch kommen werden, sind zwei Dinge, die sehr schwer zu verdauen sein werden: 1. Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilten Guerrilleros wird erlaubt, sich politisch zu betätigen und 2. Die Fälle der vom Militär getöteten Zivilisten, die als getötete Guerrilleros ausgegeben wurden, werden die gleiche Behandlung durch die Übergangsjustiz erfahren wie Kriegshandlungen.

Auch wenn es zunächst absurd erscheint, so findet sich in dem entsprechenden Teilabkommen nichts über irgendwelche Beschränkungen der politischen Mitwirkung der Guerrilleros, auch wenn diese für grausame Taten verurteilt wurden. Das heißt im Klartext, dass ein Guerrillachef, der wegen Entführungen oder Mordes verurteilt wurde, ohne weiteres für das Amt eines Bürgermeisters, eines Gouverneurs oder eines Abgeordneten kandidieren kann, während er seine Strafe absitzt.

Das Argument für diesen Widerspruch ist, dass nirgendwo auf der Welt jenen, die die Waffen niedergelegt haben, das passive Wahlrecht verweigert wurde, so grausam auch ihre Taten im Krieg gewesen sein mochten. Dabei wird angeführt, dass Nelson Mandela, der eine Organisation befehligte, die als terroristisch eingestuft war, nicht nur das Gefängnis verlassen durfte, sondern zum Präsidenten Südafrikas gewählt wurde, nachdem der Friedensvertrag unterzeichnet war.

Die Verhandler der FARC in Havanna und die politische Linke argumentieren, dass eine Bewegung, die die Kugeln gegen Wählerstimmen tauscht, Führungspersonen braucht, weil ohne diese es schwierig ist, eine Partei zu konsolidieren. Weiter fügen sie hinzu, dass die Führer der M19 (Guerrillabewegung, die in den 80er Jahren die Waffen niederlegte und zur politischen Partei wurde, A.d.Ü.) wie Carlos Pizarro und Antonio Navarro, das Recht erhielten, Kandidaten für jedes öffentliche Amt zu werden, sobald sie die Waffen niedergelegt hatten. Und schließlich erinnern sie daran, dass in praktisch allen Friedensprozessen in Kolumbien und der Welt am Ende irgendeine Art Amnestie folgte bzw. eine Begnadigung ohne politische Auflagen.

Unabhängig davon, ob diese Argumente zutreffen oder nicht, verbietet heute die Verfassung wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verurteilten die politische Betätigung. Deswegen wird die Einhaltung des Abkommens eine Verfassungsänderung erforderlich machen, die von vielen verunglimpft wird.

Aber falls die Rechte die Kröte der politischen Betätigung der Guerrilla schlucken sollte, dann müsste dies auf der Linken mit den Tötungen von Zivilisten durch das Militär mit der Behauptung, es handele sich um getötete Guerrilleros, ebenfalls geschehen. Obgleich zu Anfang gesagt wurde, dass diese Fälle aus offensichtlichen Gründen von jeglicher speziellen Rechtsprechung ausgenommen werden sollten, stellt sich heute heraus, dass dem nicht so ist. Denn weil alle Fälle, die mit dem Konflikt in Beziehung stehen, Zugang zur Übergangsjustiz haben sollen, kam man zu dem Schluss, diese grausamsten Verbrechen hätten nicht stattgefunden, wenn kein Krieg geherrscht hätte.

Für die Opfer ist diese Interpretation schwer zu akzeptieren. Einen Menschen zu töten und ihn als Guerrilla auszustaffieren, um ein paar freie Tage oder einen Orden zu erhalten, ist etwa so monströs wie jemanden zu töten, um seine Organe zu verkaufen. Der internationale Strafgerichtshof hat informell wissen lassen, dass diese Taten keinerlei Milderung verdienen dürfen. Man hat davon

gesprachen, dass es verschiedene Typen solcher Fälle gebe. Eine Sache seien die außergerichtlichen Hinrichtungen, die begangen wurden, um vermutete Kollaborateure der Guerrilla auszuschalten und ihnen Uniformen anzuziehen, um Punkte in der Beurteilung zu bekommen. Das ist schlimm genug, aber noch viel schlimmer war die Vorgehensweise in Soacha. Dort wurden junge Männer, die nichts mit dem Konflikt zu tun hatten überredet, sich nach Ocaña bringen zu lassen, wo sie getötet und als im Kampf gefallene Guerrilleros präsentiert wurden. Im ersten Fall handelt es sich um eine Verletzung humanitären Rechts, im zweiten um einen makabren kriminellen Plan.

Die Schlussfolgerung lautet, dass es solche und solche Kröten gibt. Die bisher erwähnten sind in Mehrzahl gar keine. Die beiden letzten dagegen sind so gigantisch, dass sie das Ausmaß an Toleranz und Vergebungsbereitschaft der Kolumbianer auf dem Weg zum Frieden auf eine harte Probe stellen. Sicherlich gibt es eine Symmetrie der beiden Grausamkeiten. Es ist ebenso von Gewicht zu erlauben, dass ein Entführer Bürgermeister oder Abgeordneter wird wie es schwer wiegt, einen Uniformierten, der für einen Orden gemordet hat, nicht als das anzusehen, was er in Wirklichkeit ist: ein Mörder.